

MOZ 2/3.11.11 „Wir haben nichts zu verbergen“



Cemex OstZement GmbH stellt vier Änderungsanträge / Gemeinde lehnt sie großteils ab / Diskussion über öffentliches Interesse

Von MARGRIT HÖFER

Rüdersdorf (MOZ) Die Gemüter sind erregt. Viele befürchten, dass die Umwelt durch die Änderungsanträge von Vattenfall, zusätzliche Müllkomponenten und mehr Tonträger zu verbrennen, stärker belastet wird. Die Wellen schlagen nun noch höher. Denn auch bei der Cemex OstZement GmbH läuft ein Veränderungsantrag.

Cemex hat beim Landesumweltamt (LUA) mehrere Genehmigungspunkte beantragt. Die Gemeinde hatte vier Wochen Zeit, Stellung zu nehmen. Dieses Verfahren wurde nicht öffentlich geführt. Weil, so heißt es in einer Begründung, durch die beantragten Veränderungen keine erheblich nachteiligen Auswirkungen auf die Schutzgüter, also die Umwelt, zu erwarten wären. Im Auftrag der Gemeinde verfasste Gutachter Christian Tebert von Ökopol eine Stellungnahme.

Diese liegt nun vor und sollte entsprechend der LUA-Vorgabe bei der Gemeindevertretertagung am Mittwoch im nicht öffentlichen Teil behandelt werden. Bürgermeister André Schaller (CDU) betonte, dass er vorgeblich versucht habe, mit der Kommunalen aufsicht zu klären, ob wegen des großen Interesses eine öffentliche Diskussion möglich sei. Denn hingegen bei der Stellungnahme zu den Vattenfall-Änderungsanträgen war aus Frist-Gründen gar eine (öffentliche) Sondersitzung einberufen worden. Da er keine Klärung erreichte, stand der Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil.

Mit Empörung reagierten Gemeindevorsteller darauf, und es fand sich eine Mehrheit, die die öffentliche Diskussion befürwortete. Diese reichte nun vom Vorwurf, dass auch bei Cemex eine neue Müllverbrennungsanlage (Michael Döppner/Demokratische Fraktion) entsteht, über Kopfschütteln bei Detlef Adler (Linke), dass man sich vom LUA vorschreiben lasse, was im öffentlichen Interesse sei und was nicht, bis hin zur Kritik am vorzeitigen Baubeginn, „um Tatsachen 5 bis 7 nutzen, um se-

2. Punkt des Antrags: Vereinheitlichung der statistischen Auswertung bei der Eigenüberwachung aller Abfälle. Maximale Schadstoffwerte dürfen bei jedem 5. statt 10. Wert überschritten werden. „Hier geht es um reine Statistik und Vereinheitlichung“, sagt Scur. Die Gemeinde spricht sich dafür aus, diesem Antrag und auch dem nachfolgenden nicht stattzugeben, schon, um die Emissionen nicht zu erhöhen bzw. um das Risiko des Eintrags dieser Stoßfe (vor allem gilt dies für Punkt 3) zu minimieren.

3. Punkt: Verzicht der Bestimmung von PCB und PCP bei der Deklarationsanalyse von mineralischen Abfällen, die als ungünstig eingestuft werden. „Als wir in den 1990er-Jahren starbten, war festgelegt worden, dass wir polychloriertes Biphenyl (PCB) und Pentachlorkohlen (PCP) überwachen müssen. Doch bei den mineralischen Rohstoffen, die wir hier nutzen, kommen die gar nicht vor oder liegen weit unter der Nachweisgrenze. Wir wollen Analysekosten sparen“, begründet Scur diesen Antrag.

4. Punkt betrifft die Erhöhung des maximal zulässigen Schwellengehaltes um 25 Prozent beim Einsatz von getrocknetem Klärschlamm von bisher zwei auf 2,5 Prozent Schwefel. „Der Schwefel, der in der Luft landet, stammt aus dem Kalkstein. Der Schwefel im getrockneten Klärschlamm wird in der heißen Zone des Ofens im entstehenden Klinker eingebunden und spielt für die Emission keine Rolle. Unser Problem ist, dass der Klärschlamm, den wir von den Berliner Wasserbetrieben beziehen, immer mal über den bisher genehmigten zwei Prozent liegt. Deshalb dieser Antrag“, begründet Scur. Mit diesem Antrag geht die Gemeinde mit, sorgt sich nur um mögliche Gerüchte. Peter Scur will mit seinem Geschäftsführer sprechen, der am Freitag frei hatte, ob Cemex zu einer Bürgerversammlung einlädt, um die Sorgen zu klären. „Das wäre nicht das erste Mal, dass wir uns den Fragen in der Öffentlichkeit stellen. Wir haben nichts zu verbergen“, sagt Scur.

Foto: MOZ/Gerd Markt

Foto: MOZ/Gerd Markt